

BVZ Berliner Volks-Zeitung

Zweimal täglich
60 Pfg. wöchentlich
Im Einzelverkauf:
Morgenblatt 10 Pfennig
Abendblatt 5 Pfennig

Ersehebt täglich zweimal, Sonntags, Feiertage & Montage einmal. Abonnementspreis einjährig zweimaliger Zustellung durch die Botenfrak wöchentlich 60 Pfg. im voraus zahlbar, durch die Post 2,50 RM. monatlich inkl. 36 Pfg. Postgebühr inkl. Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder bei Streiks haben unsere Bezüher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung des entgangenen Exemplars. Preis für kleine Anzeigen 4 Wört 10 Pfg., 4 tägiger Wort 20 Pfg., Hauptexemplar SW 100, Rudolf-Mosse-Plan, Jerusalemstr. 46-49, Fortstr. 1, Dönhoff Nr. 240, f. d. Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. Verantwortliche Redakteure für Politik, Penultion und die Beilagen: Dr. Alfred Krüger, für Geschäfts-Beilagen: Dr. Alfred Krüger, für den Inseratenteil Bruno Scholz, sämtlich in Berlin - Für unverlangt erscheinende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Waisensow: Berliner Allee 247 (Antonpl.), Wilmsdorf; Hohenzollernstr. 156 Kaiserpl. 13, Ullandstr. 88.



Inseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW 100, Rudolf-Mosse-Plan, Jerusalemstr. 46-49. Filialen: Badstrasse 18, Bismarckstr. 69, Fennstrasse 1, Frankfurt, Allee 73 & 346, Großewalder Strasse 197, Grosse Frankfurter Strasse 89, Jerusalemstr. 50/51, Königstrasse 19, Köpenicker Strasse 67/68, Moritzplatz, Mühlenterrasse 133, Potsdamer Strasse 33, Rathenower Strasse 3, Rheinsberger Strasse 79, Rosenfelder Strasse 45, Schiffbauerdamm 2, Schopenhauer Allee 144, Scharrenstr. 29, Tauentzienstr. 3, Upenick, Schlossstr. 1, Friedenstr. 19, Hallesche Grunewald, Lehmann Platz, Liebenberg, Frankfurter Allee 241, Lichterfelde West, Carlsstrasse 172, Neutölln; Berliner Strasse 41, Hornemannstr. 69/74, Kaiser Friedrich Str. 243, Niederbarnsdorfer Brückenstr. 22; Pankow: Bernhölmer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Strasse 9, Spandau Breite Str. 47; Stiglitz: Schlossstr. 24, Tegeler Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 1 & 147; Tontowe: Grunewald 22; Weissenow: Berliner Allee 247 (Antonpl.), Wilmsdorf; Hohenzollernstr. 156 Kaiserpl. 13, Ullandstr. 88.

Sonnabend, 29. November 1930 MORGEN-AUSGABE 78. Jahrgang - Nr. 563

Die Berliner Preissenker Zwei Beamte im Alex

Der Polizeipräsident teilt mit: Um die Preisentlastung der Reichsregierung zu fördern, hat der Polizeipräsident angeordnet, daß ein höherer Beamter des Polizeipräsidiums unter Freistellung von seinen bisherigen amtlichen Geschäften mit der besonderen Bearbeitung aller einschlägigen Fragen betraut wird. Als besondere Sachbearbeiter für alle Fragen der Preisentlastung sind die Herren Oberregierungsrat Dr. Sey und Assessor Berger bestimmt worden. Oberregierungsrat Dr. Sey hat die Befugnis erhalten, alle einschlägigen Fragen ohne Rücksicht auf Abteilungs-zuständigkeiten selbständig zu bearbeiten.

Wenn's nun mit den Preisen nicht abwärts geht ...

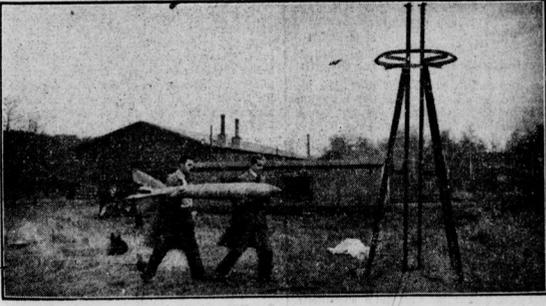
Der Kampf um die billige Zigarre

Das untrübenhafte Kapitel des neuen Finanzplans dürfte allem Anfänge nach die Zigarettenzelle werden, gegen die sowohl bei der Deutschen Volkspartei wie bei der Sozialdemokratie die größten Bedenken erhoben werden. Es wird behauptet, daß die Steuer einmal wirtschaftlich schmerzende Folgen habe und infolge der vorangehenden Entschärfung des Reiches und des angeblich zu gering beanspruchten Konsumrückganges auch finanziell die Erwartungen enttäuschen dürfte, daß sie aber vor allem sozialpolitisch zu dem unerwünschten Ergebnis führen werde, daß am 1. Januar rund

100 000 neue Erwerbslose allein aus der Zigarettenindustrie hinzukommen würden. Sollte es zur parlamentarischen Beilegung des Finanzprogramms kommen, so wird voraussichtlich der Kampf um diese Steuer der beäuglicht werden.

Mussolini will auch Direktorengelälter kürzen

Rom, 28. November. Das Verhaltensministerium des italienischen Anstaltsverwesers hat heute in Uebereinstimmung mit der allgemeinen Betriebspolitik der Regierung beschlossen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Es wurde der Beschluß gefaßt, alle Mittelschulstellen aufzulösen, ihren Direktoren, Direktoren und Aufsichtsräten eine Kürzung ihrer Bezüge in Höhe von 25 Prozent nachzuliegen.



Versuche auf dem Raketen-Flugplatz
In Reichendorf werden Experimente mit grossen „Gachosen“ angestellt, die später einen Postverkehr zwischen Europa und Amerika aufnehmen sollen

Der Reichstag hat das Wort!

Reichskanzler Brüning darf ihn nicht ausschalten / Zum Diktieren ist immer noch Zeit

Reichskanzler Brüning hat, so wird berichtet, bei den Besprechungen mit den Fraktionsvertretern des Reichstags den Eindruck gewonnen, daß er eine Reichstags für eine parlamentarische Verabschiedung der Finanzgesetze nicht zusammenbekommen werde. Und es wird vermutet — eine Entscheidung ist noch nicht gefallen —, daß Herr Brüning die Sanierungsgesetze kurzerhand mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung, des Diktatartikels, in Kraft setzen werde.

Dazu liegt kein Anlaß vor, ja, der Reichskanzler hat dazu auch kein Recht, nachdem er selbst erklärt hat, daß die Gesetze die Weihnachten erledigt sein müßten. Warum soll dieser allerdings äusserste Termin für das Inkrafttreten der Gesetze jetzt nicht mehr gelten?

Man kann sich vorstellen, daß nach einem Verlangen des Reichstags die Regierung in den letzten Dezembertagen die öffentliche Sicherheit und Ordnung für erheblich gefährdet hält, um dann diktatorisch noch vor dem Inkrafttreten der Gesetze in Kraft zu setzen. Jetzt schon eine neue Autorisierung auf ein Inkrafttreten, liegt aber kein Anlaß vor; einzuweichen kann keine Rede davon sein, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet, geschweige denn erheblich gefährdet ist, was die Verfassung als Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 48 erklärt.

Um es gerade heraus zu sagen: Der Reichskanzler hat kein Recht, den Reichstag auszuschalten und ihn jetzt schon vor die vollendete Tatsache einer neuen Notverordnung zu stellen, nur weil die Fraktionsmitglieder nach alter schlichter Art wiederhaarig gezeigt haben. Es hat doch wiederholt in der Geschichte der jungen Republik Situationen gegeben, wo die Entscheidung im Reichstag nicht nur auf des Reichers Ehre, sondern wo man mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit auf eine Niederlage der Regierung rechnen konnte, die dann schließlich doch ausblieb. Immer fand sich eine Fraktion, die umfiel, weil sie von der Angst vor dem Wähler schließlich doch zur Verantwortung dem Ganzen getrieben wurde.

Geht nicht auch jetzt die Möglichkeit, daß ein für seine Sache tapfer kämpfender Reichskanzler die Fraktionsführer doch ins Wanken bringt und so den Sieg an seine Fahne heftet? Wir fordern, daß wenigstens der Versuch gemacht wird. Etzelt es sich bei den Reichstagsverhandlungen heraus, daß fünf Fraktionen zehn Meinungen haben,

und bekennt sich die Mehrheit der Blätterzeiger bei der Abstimmung nicht auf ihre Pflicht, eine Katastrophe zu verhindern, was zu mir sie ja in das dem deutschen Volke gewidmete Haus geschickt haben, dann bleibt immer noch der Ausweg der Notverordnung. Dann ist aber vor den Augen des Volkes der Beweis geführt worden, daß es nicht anders geht als mit der Ausschaltung der verfassungsmässigen Rechte, und dann müßten die Wähler mit ihren Gewählten abrechnen.

Die Geheimverhandlungen, die Herr Brüning mit einzelnen Fraktionsvertretern geführt hat, sind nicht überzeugend. Wir protestieren gegen eine unbegründete Ausschaltung des Reichstags um so entschiedener, als die Gesetze der Regierung Brüning in vielen Teilen höchst anfechtbar sind. Sie müssen wohl hart, aber sie dürfen nicht schief sein. Das Gefährliche aber ist es gerade im Hinblick auf die Wähler, daß der Parlamentarismus abgetrieben wird.

Frick als sein eigener Zeuge

Der Naziminister entscheidet über sämtliche Neueinstellungen
Wie er die Polizei vertritt

Weimar, 28. November.

In dem Polizeikostenstreit Reich-Zhüringen wurde heute der thüringische nationalsozialistische Minister Dr. Frick in Weimar durch den Richterhüter des Staatsgerichtshofs aus Weimar als Zeuge vernommen, obgleich das Reich dieser Verechnung aus triftigen Gründen widersprochen hatte. Frick mußte unter seinem Eid zugeben, daß er sich die Prüfung sämtlicher Einstellungen, Beförderungen und Versetzungen bei der thüringischen Landespolizei vorgenommen hatte. Weil er laienfremd ist, habe er sich an die Seite um Auskunft gewandt, zu denen er Vertrauten haben konnte, und das seien Nationalsozialisten!

Die Einstellungsgefuche in die Landespolizei wurden von den nationalsozialistischen Vertrauensmännern an die nationalsozialistischen Kreisgruppen weitergeleitet. Die Beamten für die Besetzung der Stellen abzugeben hatten. Auf welcher Grundlage dieses Gutachten zu er-

halten war, kann man sich bei der Gesamtanstellung der Nationalsozialisten denken. Frick erklärte aber, diese Begünstigungen seien keineswegs (!) nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgt, und es sei für die Einstellung nicht (?) etwa die politische Orientierung des Bewerbers maßgebend gewesen. Weiter behauptet Frick, daß unter 147 Neueinstellungen sich nur neun Nationalsozialisten befinden.

Diese Befundung Fricks deutet sich aber durchaus nicht mit der ebenfalls eidlichen Aussage des militärischen Leiters der thüringischen Landespolizei, Eberth Rühle von Wittenberg, der zugeben mußte, daß nach einer Verhängung kein Republikaner und vor allem kein Sozialdemokrat in die Landespolizei eingestellt werden dürfe.

Bestrebend ist es aber auf alle Fälle, daß in diesen Verfahren der Hauptzeuge — und das ist der Minister Frick — auch gleichzeitig als sein eigener Zeuge auftreten dürfte.

Bewag senkt Strompreise

Aber nur für Gewerbetreibende

Zu der getrigen Aufschätzungsrechnung der Berliner städtische Elektrizitätswerke A.-G. wurde nach eingehender Beratung der Beschluß gefaßt, einen Kleinverbraucher-Krafttarif einzuführen, wodurch sich für Niederspannungsbetriebe eine erhebliche Strompreisermäßigung ergibt. Die Preisentlastung bewegt sich für die einzelnen Abnehmer je nach den Abnahmeverhältnissen zwischen 8 und 30 Prozent.

Der Aufsichtsrat geht bei seiner Beschlußfassung von dem Gedanken aus, in erster Linie den Strom für Kleinverbraucher zu verbilligen, damit diese in die Lage versetzt werden, auf Grund der Senkung ihrer Produktionskosten, ihre eigenen Produkte zu verbilligen. Weiterhin wurde der bestehende Nachtstrompreistarif umgestellt. Neue Tarife werden auf Antrag der Abnehmer erstmalig für den nach der Januarabrechnung folgenden Stromverbrauch angewandt.

Diese Beschlüsse wurden, wie die Bewag berichtet, sofort in Kraft gesetzt. Die Bewag für die Senkung der Strompreise bestehende Ausschüsse sofort prüfen wird, ob weitere Senkungen der Strompreise durch Verringerung der Ausgaben, insbesondere auch beim Stromerwerb, zu erzielen sind.



RINGKÖBING. Der Fischdampfer „Durck 14“ aus Ymuden ist im Nebel bei Bierguss gestrandet. Die aus zehn Mann bestehende Besatzung konnte von Land aus mittels Rettungsleinen in Sicherheit gebracht werden.

LONDON. Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter hat mit grosser Mehrheit den Antrag einiger Distrikte, die Annahme einer abgestuften Arbeitszeit an Stelle des starren 7½-Stunden-Tages zu genehmigen, abgelehnt. Es besteht Streikgefahr.

ROM. Der frühere Bürgermeister von Mailand, Ernesto Belloni, wurde wegen Unregelmässigkeiten während seiner Amtszeit zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Gleichzeitig wurde von demselben Mailänder Gericht auch der frühere Minister Belloni wegen antisemitischer Propaganda für fünf Jahre verurteilt.

MACERATA (Marken). Der Triebwagen der elektrischen Strassenbahnlinie Camerino-Castellorotondo entgleiste und stürzte um. Der Wagenführer kam ums Leben, drei Fahrgäste wurden verletzt. Ein Hilfswagen, der herbeieilte, entgleiste an derselben Stelle. Drei Personen wurden getötet, sechzehn verletzt.